

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Jan Mücke, Patrick Döring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2683 –**

Umfassenden Feldversuch über die Vor- und Nachteile von 60-Tonnen-Lkw starten

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Hettlich, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2990 –**

Keine 60-Tonnen-Lkw auf deutschen Straßen

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, dem Deutschen Bundestag einen Bericht über derzeit in Deutschland laufende Pilotversuche zum Einsatz von 60-Tonnen-Lkw sowie über die laufenden Forschungsvorhaben zu diesen Fahrzeugkombinationen vorzulegen; durch einen Feldversuch zu testen, ob durch den Einsatz von 60-Tonnen-Lkw ein wirksamer Beitrag zur Entlastung der Straße geleistet werden kann; den Gesamtversuch wissenschaftlich zu begleiten, ihn in Kooperation mit der EU-Kommission durchzuführen und die EU-Kommission über die laufenden Ergebnisse zu unterrichten; darauf hinzuwirken, dass eine europäische Koordination zum Einsatz modularer Fahrzeugkonzepte erfolgt und nationale Insellösungen vermieden werden; dem Deutschen Bundestag einen Abschlussbericht vorzulegen, der die Vor- und Nachteile des Einsatzes von 60-Tonnen-Lkw darstellt und eine Entscheidungsgrundlage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) über die Einführung oder Nichteinführung enthält, sowie den Modellversuch „Gigaliner“ in Niedersachsen in Zukunft zu unterstützen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Verkehrsträger

Schiene nicht durch die Genehmigung größerer Maße und Gewichte für Lkw zu schwächen; darauf zu dringen, dass die Ausnahmegenehmigungen für 60-Tonner in den Bundesländern widerrufen werden, und sich auf europäischer Ebene für eine Beibehaltung der bisherigen Maße und Gewichte einzusetzen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu den Nummern 1 und 2

Annahme

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/2683 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/2990 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatterin

Hubert Deittert
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter und Hubert Deittert

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 und 2

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf **Drucksachen 16/2683** und **16/2990** in seiner 57. Sitzung am 19. Oktober 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, dem Deutschen Bundestag einen Bericht über derzeit in Deutschland laufende Pilotversuche zum Einsatz von 60-Tonnen-Lkw sowie über die laufenden Forschungsvorhaben zu diesen Fahrzeugkombinationen vorzulegen; durch einen Feldversuch zu testen, ob durch den Einsatz von 60-Tonnen-Lkw ein wirksamer Beitrag zur Entlastung der Straße geleistet werden kann; den Gesamtversuch wissenschaftlich zu begleiten, in Kooperation mit der EU-Kommission durchzuführen und die EU-Kommission über die laufenden Ergebnisse zu unterrichten; darauf hinzuwirken, dass eine europäische Koordination zum Einsatz modularer Fahrzeugkonzepte erfolgt und nationale In-sellösungen vermieden werden; dem Deutschen Bundestag einen Abschlussbericht vorzulegen, der die Vor- und Nachteile des Einsatzes von 60-Tonnen-Lkw darstellt und eine Entscheidungsgrundlage des BMVBS über die Einführung oder Nichteinführung enthält, sowie den Modellversuch „Gigaliner“ in Niedersachsen in Zukunft zu unterstützen.

Zu Nummer 2

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Verkehrsträger Schiene nicht durch die Genehmigung größerer Maße und Gewichte für Lkw zu schwächen; darauf zu dringen, dass die Ausnahmegenehmigungen für 60-Tonner in den Bundesländern widerrufen werden, und sich auf europäischer Ebene für eine Beibehaltung der bisherigen Maße und Gewichte einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/2683 in seiner 22. Sitzung am 25. Oktober 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. März

2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/2990 in seiner 22. Sitzung am 25. Oktober 2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hatte die Beratung der Anträge auf Drucksachen 16/2683 und 16/2990 ursprünglich für seine 24. Sitzung am 25. Oktober 2006 vorgesehen, vertagte sie aber im Hinblick auf erwartete Studien der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zu der Thematik. Ein Schlussbericht der BASt mit dem Titel „Auswirkungen von neuen Fahrzeugkonzepten auf die Infrastruktur des Bundesfernstraßennetzes“ sowie eine im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erstellte Studie von K+P Transport Consultants mit dem Titel „Verkehrswirtschaftliche Auswirkungen von innovativen Nutzfahrzeugkonzepten“ wurden im Februar 2007 vorgelegt. Eine Untersuchung zu den Auswirkungen von neuen Fahrzeugkonzepten auf Brückenbauwerke wurde im April 2007 als Ergänzung zu dem Schlussbericht der BASt übermittelt.

Der Ausschuss hat die Anträge auf Drucksachen 16/2683 und 16/2990 dann in seiner 37. Sitzung am 25. April 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, der Antrag der Fraktion der FDP sei abzulehnen, da es bereits Feldversuche in einigen Bundesländern gebe und darüber hinausgehende Versuche überflüssig seien. Auch den Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne man ab, da man in Anbetracht des zunehmenden Güterverkehrs alle Optionen prüfen müsse. Zudem solle man alle Innovationen nutzen, um eine noch bessere Auslastung der vorhandenen Verkehrswege sicherzustellen. Nach den ersten Ergebnissen der Feldversuche zeichne sich ab, dass eine flächendeckende Einführung von 60-Tonnen-Lkw kaum möglich sein werde, dass aber kleinere Schritte denkbar seien. Man solle sich für die Auswertung der bereits vorliegenden Gutachten ausreichend Zeit nehmen, denn es sei aufgrund von Tatsachen zu entscheiden, nicht aufgrund ideologischer Vorurteile. Zu einer entsprechenden Anmerkung der Fraktion der FDP erklärte sie, die Feldversuche der Länder seien von ihr nie als rechtswidrig bezeichnet worden.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die hohen Kosten hin, welche eine Ertüchtigung der Brücken für 60-Tonnen-Lkw verursachen würde. Zudem seien die Autobahnparkplätze für solche Fahrzeuge nicht geeignet. Man müsse auch die Probleme berücksichtigen, welche auf Zubringerstraßen verursacht würden. Die Einführung von 60-Tonnen-Lkw würde erhebliche Auswirkungen im Bereich der Sicherheit haben. So seien Leitplanken an den Autobahnen nur für Fahrzeuge bis zu 38 t ausgelegt. Zudem sei durch solche Fahrzeuge mit erheblichen Verkehrsverlagerungen von der Schiene auf die Straße zu rechnen. Es gehe nicht an, dass der Steuerzahler die Kosten für die Anpassung der Infrastruktur an solche Fahrzeuge trage, während die Vorteile nur der Wirtschaft zugute kämen. Sie begrüße die Einrichtung einer Bund-/Länder-Arbeitsgruppe zu der Thematik und sie bewerte es positiv, dass sich die Verkehrsminister der Länder verständigt hätten, keine weiteren Feldversuche zu genehmigen.

Die **Fraktion der FDP** beklagte übertriebene Befürchtungen in Bezug auf Gigaliner in der öffentlichen Diskussion. Es sei bemerkenswert, dass die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD die Feldversuche der Bundesländer, welche das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung noch vor kurzem als rechtswidrig angesehen habe, nun als ausreichende Grundlage für die Entscheidung über modulare Nutzfahrzeugkonzepte bezeichne. Es sei aber sinnvoll, dass sich der Deutsche Bundestag für einen bundesweiten Feldversuch ausspreche, dessen dann bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen er selbst definiere. Man werde die Diskussion über die Einführung modularer Nutzfahrzeugkonzepte als eine Ergänzung im Logistikbereich weiterführen, wenn die angekündigte Bund-/Länder-Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorgelegt habe. Bei den vorliegenden Gutachten solle man berücksichtigen, dass sie Vieles offen-

ließen und in vielen Bereichen auf bloßen Annahmen beruhten. Die durch den 60-Tonnen-Lkw eröffnete Möglichkeit, Lkw-Fahrten einzusparen, sei aktiver Klimaschutz.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie lehne den Antrag der Fraktion der FDP ab und stimme dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Sie könne auch unter Berücksichtigung der Studien der BAST nicht erkennen, dass die Gigaliner einen wesentlichen Vorteil böten. Die BAST-Studien enthielten viele Punkte, die zeigten, dass man sich mit der Zulassung von Gigalinern zurückhalten solle und dass eine Ausweitung der Feldversuche nicht angezeigt sei. Sie wies auch auf Sicherheitsprobleme für andere Verkehrsteilnehmer hin, welche durch Gigaliner begründet würden. Zudem ergäben die Gutachten, dass die Einführung von Gigalinern zu erheblichen Einbußen im Schienengüterverkehr führen würden. Bislang seien aber alle Fraktionen einig gewesen, dass mehr Güterverkehr auf der Schiene transportiert werden solle.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Zulassung von 60-Tonnen-Lkw würde erhebliche Risiken verursachen. Die Koalitionsfraktionen könnten sich auf keine klare Linie in Bezug auf die Einführung solcher Fahrzeuge verständigen. Sie könnten zwar eine Entscheidung hinausschieben, indem sie eine Arbeitsgruppe einsetzten. Es sei aber unabhängig von deren Ergebnissen nicht wegzudiskutieren, dass sehr große Fahrzeuge die Infrastruktur erheblich belasteten. Ein Teil der Straßen sei für solche Fahrzeuge nicht breit genug und es gebe keine ausreichenden Parkmöglichkeiten auf Autobahnparkplätzen. Die Politik dürfe sich nicht an Sonderinteressen einzelner Wirtschaftszweige orientieren, sondern müsse das Gemeinwohlinteresse in den Vordergrund stellen. 60-Tonnen-Lkw bewirkten erhebliche Nachteile für den Kombinierten Verkehr. Die Einführung solcher Lkw könne man aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen nur ablehnen. Die Forderung nach Feldversuchen in dem Antrag der Fraktion der FDP diene nur dazu, den 60-Tonnen-Lkw durchzusetzen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 16/2683 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Den Antrag auf Drucksache 16/2990 hat er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 9. Mai 2007

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatlerin

Hubert Deittert
Berichterstatter

